

# Kanonenboot vor Venezuela

Grossmachtpolitik im 21. Jahrhundert.

Erich Vad

Was haben der Aufmarsch der US Navy vor der Küste Venezuelas, das Bekämpfen von Drogendealern in Karibik und Pazifik, der Eilmarsch der Russen in die Ukraine, das Auftauchen chinesischer Zerstörer vor den Küsten Taiwans und Japans, die Androhung einer Invasion der USA in Panama, das Errichten von Sicherheitszonen durch die Türkei und Israel in Syrien oder Verhandlungen der USA mit den Taliban zur Rückgewinnung eines bedeutenden Stützpunktes in Afghanistan gemeinsam?

## Drogenhandel unterbinden?

Es geht um Geopolitik und handfeste strategische Interessen. Im Verständnis des bedeutendsten Militärstrategen der Neuzeit, Carl von Clausewitz, in heutiger Sprache formuliert: um die Projektion und Durchsetzung politischer Macht – mit geheimdienstlichen und auch gewaltsauglichen, militärischen Mitteln. Diese Aktionen sind Ausdruck von «Kanonenbootpolitik», einer besonderen Form von Diplomatie im Spektrum von «Showing the force» bis hin zur Intervention, die in der angelsächsischen Welt geachtet wird, in Deutschland als suspekt gilt – seit dem sogenannten

*Es ist mittlerweile offensichtlich, dass die Amerikaner einen «regime change» in Caracas beabsichtigen.*

Panthersprung nach Agadir, 1911, in der zweiten Marokkokrise des Deutschen Kaiserreichs mit Frankreich. Von den Briten und Amerikanern wurde sie lange vor der Entwicklung der Seekriegstheorie durch Alfred Thayer Mahan, den «Clausewitz der See», praktiziert. Sie ist bis heute militärische Praxis, bisweilen mit, bisweilen ohne Kanonenboote.

Geradezu beispielhaft: Die US Navy zieht vor der Küste Venezuelas mit einer Flugzeugträgerkampfgruppe auf. Es geht darum, so die



Frieden beginnt mit Verstehen: «USS Gerald R. Ford» in der Karibik.

News im *information war*, Drogenhandel zu unterbinden und die USA davor zu schützen. Medien greifen das mit Kusshand auf. Schnellboote mutmasslicher Drogendealer des südamerikanischen Ölstaates werden unter «Hellfire»-Feuer genommen, bisher rund achtzig «Banditen» kommen ohne ein Urteil zu Tode. Auf den «autokratischen» Präsidenten Venezuelas, Nicolás Maduro, hatten die USA, bereits im August, ein Kopfgeld auf nun fünfzig Millionen US-Dollar erhöht; die von den USA unterstützte Oppositionspolitikerin María Corina Machado bekam den Friedensnobelpreis, den Trump kurz für sich reklamierte.

## Wie einst während der Kubakrise

Es ist mittlerweile offensichtlich, dass die Amerikaner einen *regime change* in Caracas beabsichtigen und eine den USA wohlgesinnte Regierung installieren wollen. Um das Unterbinden des Drogenhandels geht es auch. Im

Kern aber geht es um Einfluss in Venezuela und um den Zugriff auf die grössten Ölreserven Südamerikas. Es geht zugleich darum, die von Maduro angestrebten verstärkten Wirtschaftskooperationen Venezuelas mit China und Russland zu unterbinden. Es geht darum, China und Russland aus der (seit der Monroe-Doktrin von 1823 klar definierten) US-Interessensphäre herauszuhalten. Es geht um die nationale Sicherheit der USA, um handfeste Interessen, geopolitische, ökonomische, sicherheitspolitische.

Amerikanischen Freunden habe ich kürzlich mit einfachen Worten erklärt, wie der ins vierte Jahr gehende Ukraine-Krieg einzustufen ist. Angenommen, so sagte ich, in Mexiko käme durch russische und chinesische Unterstützung eine Russland- und China-freundliche Regierung an die Macht. Diese Regierung würde mit den Russen über eine verstärkte Militärkooperation, über Militärstützpunkte und Raketenstellungen am Rio

Grande verhandeln, Militärmanöver mit Russen wie Chinesen in Mexiko veranstalten, über Seestützpunkte in Tampico, Veracruz und in der Bahía Magdalena reden sowie Marine- manöver im Golf von Mexiko abhalten (alles ähnliche Vorhaben und Aktivitäten, die US-Regierungen vor Trump mit Selenskyj in der Ukraine wie im Schwarzen Meer lange vor der russischen Aggression durchgeführt haben): Was würden die Amerikaner tun?, fragte ich diese Freunde. Prompte Antwort: Wir würden sofort in Mexiko einmarschieren.

Ein weiteres Beispiel für «Kanonenbootpolitik» ist die Kubakrise von 1962. Präsident Kennedy konnte es aus strategischen Gründen nicht zulassen, dass die Sowjetunion auf Kuba militärisch Fuss fasste. Selbstbestimmungsrecht, politische Souveränität, das Recht auf freie Bündniswahl Kubas – all das war für die USA nachrangig, stand nicht zur Debatte. Für die USA war und ist das Besetzen strategischer Positionen in ihrer unmittelbaren, von ihr definierten Einflusssphäre, im Wesentlichen in der Karibik und in Lateinamerika, durch eine «raumfremde Macht» (Carl Schmitt) nicht verhandelbar – aus schlicht geostrategischen Gründen. Die USA hätten in der Kubakrise in einen Krieg mit der Sowjetunion ziehen müssen, so gefährlich für den Weltfrieden das auch gewesen wäre, weil sie aus ihrer geopolitischen und strategischen Sicht verhindern mussten, dass ihr damaliger systemischer Rivale in die Position kam, mit nuklear bestückten Raketen die strategische Verteidigung der USA zu unterlaufen.

### Kontrollverlust der Russen

Jeder, der ernsthaft über Krieg und Frieden beziehungsweise Waffenlieferungen und Waffenstillstand diskutiert, ob politisch oder militärisch, sollte die strategischen Rahmenbedingungen der Beteiligten in solchen Diskussionen mitberücksichtigen, besonders auch aus der jeweiligen Perspektive der Beteiligten, heute auch mit Blick auf die russische Aggression gegen die Ukraine.

Der russische Überfall auf die Ukraine war völkerrechtswidrig; Kriege wie derjenige der Nato gegen Serbien 1999, der Krieg der USA gegen den Irak 2003 oder der jüngste Luftwaffenschlag der USA gegen den Iran ebenfalls. Das Völkerrecht wurde und wird in seiner Bedeutung für eine regelbasierte Weltordnung grundsätzlich zwar nicht relativiert, aber von Weltmächten regelmäßig in ihrem Sinne gedeutet (was vermutlich in einem Gerichtsprozess oft kaum Bestand hätte).

Man sollte also neben der völkerrechtlichen Bewertung auch die strategischen Zahlen und Fakten analysieren und in die Entscheidungslage einbeziehen, um internationale Beziehungen verstehen und einordnen zu können, besonders dann, wenn es sich – wie im Fall einer Nato-Mitgliedschaft der Ukraine

und des Verlusts einer Puffer- und Sicherheitszone zu westlichen Raketenstellungen sowie des Landzugangs zur Krim – um nicht verhandelbare, vitale Sicherheitsinteressen einer Nuklearmacht handelt. Aus russischer Sicht sind Murmansk, Kaliningrad und die Krim sowie die Zugänge zum Schwarzen Meer strategische Eckpfeiler des eigenen Verteidigungsdispositivs. Der Kontrollverlust darüber wäre der Anfang vom Ende Russlands als Weltmacht. Der ehemalige nationale Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski, hatte das früh erkannt und die US-Aussen- und Sicherheitspolitik auf diese kritische Region gelenkt.

Gewaltsame Interventionen in den Einflussphären einer Weltmacht führen fast unweiger-

### Nicht umsonst unterhalten die USA in über achtzig Staaten der Welt mehr als 700 Militärstützpunkte.

lich zum Krieg, so wie während der Kubakrise, aber auch im Vorfeld des Ukraine-Krieges. Darum geht es derzeit auf der Krim, im Donbass, in der Ukraine: Die Russen erachten einen Kontrollverlust in dieser Region für ebenso wenig hinnehmbar wie die USA einen Kontrollverlust über Kuba, die Karibik und den Panama-kanal oder wie die Chinesen einen Kontrollverlust über das Südchinesische Meer und Taiwan. Der Westen mit der Nato sollte dabei in seine Überlegungen einbeziehen, dass Russland die stärkste Nuklearmacht der Welt ist und dass der Zusammenbruch der Russischen Föderation, eines Vielvölkerstaates, nicht kontrollierbare Auswirkungen hätte, die nicht im westlichen Interesse sein können.

Die USA praktizieren als «Weltordnungsmacht», wie sie sich selbst sehen, seit Jahr-

zehnten weltweit offene, verdeckte, gewaltlose oder gewaltsame *regime change*-Operationen. Sie haben vor allem in Lateinamerika immer darauf geachtet, befreundete Regierungen an der Macht zu wissen, feindlich gesinnte abzusetzen. Lindsey A. O'Rourke, Professorin für Internationale Beziehungen am Boston College, hat *regime change*-Operationen der USA während des Kalten Krieges analysiert. Sie dokumentiert 66 solcher Aktionen zwischen 1945 und 1990, deren Ziel es war, feindlich gesinnte Regierungen zu beseitigen. Auch China und Russland nutzen ähnliche Formen der Beeinflussung, im Fall Chinas derzeit vor allem geoökonomische Strategien, um andere Staaten von sich abhängig zu machen.

Russland wurde zunächst vorgeworfen, im Februar 2022 eine *regime change*-Operation in Kiew begonnen zu haben. Die Russen wollten keinen grossen, langen Krieg, sondern eine Art Handstreich, einen Coup d'État, um eine russlandfreundliche Regierung zu installieren. Diese Operation der darin vergleichsweise wenig erfahrenen Russen ist gescheitert, weil die dafür vorgesehenen russischen Spezialkräfte nach Übertragung entsprechender Nachrichtendienstlicher Informationen und Aufklärungsdaten buchstäblich ins Messer der ukrainischen Verteidiger liefen.

### Repertoire einer Grossmacht

Ich bin selbst in den US-Streitkräften ausgebildet worden und kann versichern: *regime change*-Operationen gehören zum Repertoire einer Grossmacht, die sich als Weltordnungsmacht versteht. Die USA beherrschen perfekt und mit langjähriger Erfahrung das Zusammenwirken von zielgerichteter Informationspolitik mit finanziell gut ausgestatteten NGOs, den gezielten Einsatz von Finanzmitteln, das Zusammenspiel ihrer Nachrichtendienste mit Oppositionskräften, das «Showing of force», das Androhen und den Einsatz von militärischer Gewalt. Sie beherrschen dieses Metier als See- und Kolonialmacht, ähnlich wie Grossbritannien, viel smarter, differenzierter als Russland oder früher die Sowjetunion, die einseitig, ohne viel Fantasie auf ihre Rohstoffe und ihre Panzer setzen mussten und müssen. Es gibt Dutzende Beispiele für militärische Interventionen der USA: Venezuela, Kuba, Panama, Grenada, Irak, Syrien, Libyen, Afghanistan und so weiter. Nicht umsonst unterhält das US-Militär in über achtzig Staaten der Welt mehr als 700 Militärstützpunkte und Basen.

Im Fall der Ukraine wurden die Westannäherung und der Nato-Aufnahmeprozess der Ukraine jahrelang gefördert und von den «Klientelstaaten» (J.D. Vance) der EU unterstützt, unter anderem durch erhebliche Finanzmittel für Bürgerrechtsbewegungen, Militärberater, Ausrüstung und Waffen. Es



«Ich bin Donald Trump dankbar»: Autor Vad.

# Bargeld ist Freiheit



*Nostalgisches Relikt?*  
Weihnachtsmarkt im Zürcher HB.

Der Zürcher Weihnachtsmarkt am Hauptbahnhof hebt ein verhängtes Bargeldverbot auf und nimmt Schweizer Franken als Zahlungsmittel wieder an. Der Verein «Schweiz Macher» hatte Beschwerde gegen das Verbot eingelegt. Unmut äussernte sich auch in der Bevölkerung und in Medien. Das sei ein wichtiger Schritt für die Freiheit aller Menschen, die auf gesetzliche Zahlungsmittel angewiesen seien, schreibt der Verein in einer Mitteilung. Es bestätigte sich, «dass Bargeldrestriktionen auf öffentlichem Grund rechtlich und gesellschaftlich nicht haltbar sind».

Zürich ist erst ein Etappensieg. Nun wurde auch gegen den Berner Sternenmarkt eine Beschwerde bei der Stadt Bern eingereicht. Auch dort sollen Standbetreiber angehalten worden sein, kein Bargeld zu akzeptieren – trotz Nutzung von öffentlichem Grund. Damit könnten mehrere verfassungsmässige Rechte verletzt sein, so das Diskriminierungsverbot, die Wirtschaftsfreiheit und das Verhältnismässigkeitsprinzip. Auch würden Bestimmungen des Währungsgesetzes geritzt, wonach Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel ist.

Kopf des Vereins «Schweiz Macher» ist Richard Koller, Inspirator auch der Bargeld-Initiativen auf eidgenössischer Ebene. Er betont, Noten und Münzen seien kein nostalgisches Relikt, sondern ein unverzichtbares Freiheitsinstrument. Besonders ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Jugendliche, Sparenden sowie Personen mit Budget- oder Datenschutzbedenken seien auf Bargeld angewiesen. Zudem sei Bargeld ein zentraler Pfeiler der Krisenresilienz. Denn nur wer auch ohne digitale Infrastruktur bezahlen könne, bleibe in ausserordentlichen Lagen handlungsfähig. *Philipp Gut*

war das Ziel der USA, eine westlich orientierte, westlich gesinnte Regierung in Kiew zu installieren und danach die Ukraine strategisch aus dem russischen Machtbereich herauszuholen. Genau hier liegt der Grund, die Ursache der russischen Invasion im Februar 2022.

Aus geo- und sicherheitspolitischer Perspektive schien es folgerichtig, dass die Russen ab einem bestimmten Zeitpunkt, wohl bereits 2008, im Jahr des Nato-Gipfels in Bukarest, sagten: Diesen Prozess können wir aus der eigenen strategischen Interessenlage heraus so nicht laufenlassen. Geo- und sicherheitspolitisch begründet ist dies vor allem in der Geografie Russlands, das an seiner westlichen Grenze – geografisch in der Nordeuropäischen Tiefebene gelegen – so gut wie ungeschützt ist. Von dort erfolgten die grossangelegten Invasionsversuche, kamen die Truppen Napoleons und auch Hitlers.

Die Krim-Besetzung wirkt aus russischer Perspektive ebenfalls schlüssig. Die ist mit dem einzigen europäischen eisfreien Marinehafen ausser Murmansk strategisch für die Russen so wichtig wie der Hafen ihrer Nordmeerflotte und wie Kaliningrad als Basis zur nach dem Nato-Beitritt Finnlands und Schwedens nun-

## Taiwan liegt wie ein riesiger Flugzeugträger vor der Küste Chinas.

mehr fast ausschliesslich von «Feindmächten» beherrschten Ostsee und als Vorposten im Westen. Das sind strategische Eckpfeiler ihrer westlichen Verteidigung.

Jeder ernstzunehmende Militär in der Rolle eines russischen Generalstabschefs hätte seinem Präsidenten ab einem gewissen Zeitpunkt empfohlen müssen: Wenn der Westen und die Nato uns nicht verbindliche, verbrieft und überprüfbare Sicherheitsgarantien, auch im Hinblick auf die westliche Aufrüstung, und politische Einflussnahme in der Ukraine zugestehen, dann können wir das nicht weiter laufenlassen. Das war und ist das strategische Sicherheitsproblem Russlands und für die Staatsführung unverhandelbar. Genauso wenig, wie für die Amerikaner russische oder chinesische Militärstützpunkte in der Karibik verhandelbar wären. Selbst wenn es sich um einen souveränen Akt eines Staates handelte.

Ich bin Donald Trump dankbar – trotz der bisweilen erratischen Regierungsweise und der Politik der «Schutzgelderpressung» (H. W. Sinn) gegenüber Europa – für seine diesbezügliche Offenheit. Trump sagt, dass Panama amerikanisch kontrolliert sein und bleiben müsse. Aus strategischer Sicht ist ein stärkerer Einfluss Chinas in der Region nicht hinnehmbar. Dass Trump sogar sagt, Grönland und Kanada hätten strategische Bedeutung für die nationale

Sicherheit der USA, ist aus der geostrategischen Interessenlage der USA zweifellos richtig, obwohl es ihm natürlich nicht das Recht gibt, in diese Länder einzumarschieren (so wenig wie die Russen das Recht hatten, in die Ukraine einzumarschieren).

Völkerrechtler mögen anders auf die hier aufgeworfenen Probleme blicken. Doch als Militär muss ich strategische Sichtweisen einnehmen und ins Kalkül der nationalen Sicherheit einbeziehen. Das müssen wir auch Russen und Chinesen zubilligen, allein schon deshalb, um Konflikte zwischen den Grossmächten im Vorfeld zu vermeiden und politische Lösungswege einzuschlagen, was der Westen, insbesondere die USA und Grossbritannien, trotz russischer Angebote im Ukraine-Krieg verweigert hat.

## Perlenkette im Indopazifik

Im Indopazifik wäre ein starker westlicher *footprint*, besonders im Südchinesischen Meer, oder ein stärkerer amerikanischer Einfluss über Taiwan nicht akzeptabel für China. Wie eine maritime Perlenkette verbindet mittlerweile das von den USA geführte «maritime containment of China» faktische und potenzielle Verbündete der USA: von Japan über Südkorea, Taiwan, die Philippinen, Vietnam, Malaysia, Indonesien, Singapur bis nach Indien. Der Territorialkonflikt Chinas mit Japan, Taiwan, Vietnam, den Philippinen und Malaysia um einzelne Inselgruppen im Südchinesischen Meer muss in diesem Kontext gesehen werden.

Das Südchinesische Meer verbindet den Pazifischen und den Indischen Ozean. Aus geostrategischer und ökonomischer Sicht, mit Blick auf die Öl- und Gasvorkommen, bleibt den Chinesen kaum eine andere Wahl, als auf ihre nationalen Interessen zu pochen, ähnlich wie die Russen auf der Krim und im Schwarzen Meer, ähnlich wie die USA in der Karibik. Das gilt auch gegenüber Taiwan, das wie ein riesiger Flugzeugträger vor der Küste Chinas liegt. Solche Konflikte wird man niemals ideologisch, nur politisch und pragmatisch lösen können.

Jeder, der ernsthaft über Krieg und Frieden diskutiert, sollte die geopolitischen und strategischen Rahmenbedingungen der Beteiligten berücksichtigen. In den aktuellen Krisen und Konflikten wäre viel damit gewonnen, wenn Gesprächskanäle zwischen den Beteiligten offen gehalten oder wiedereröffnet würden. Frieden beginnt immer mit dem Verstehen des Gegners und dem Gespräch.

Erich Vad, promovierter Historiker und Brigadegeneral a.D. der deutschen Bundeswehr, war Gruppenleiter im Bundeskanzleramt und Sekretär des Bundes sicherheitsrates, des höchsten Sicherheitsgremiums der Bundesrepublik Deutschland. Er ist Autor der Bestseller «Ernstfall für Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg» und «Krieg oder Frieden – Deutschland vor der Entscheidung», beide erschienen bei Westend, Letzteres in Zusammenarbeit mit dem aussenpolitischen Doyen der deutschen Sozialdemokratie, Klaus von Dohnanyi.